

Europa benötigt
Fairness und Solidarität

Den Gemeinschaftsgeist erneuern

Hans-Gert Pöttering

Die Europäische Union hat mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom 8./9. Dezember 2011 einen wegweisenden Schritt getan, um das Vertrauen in den Euro zu stärken und um die europäische Einigung zu vertiefen. Die Beschlüsse zur Errichtung einer Finanzunion, die als Stabilitätsunion der europäischen Währung den erforderlichen politischen und rechtlichen Rahmen zur Seite stellt, sind von weitreichender Bedeutung. Sie markieren die politische Perspektive der EU, um der Schuldenkrise zu trotzen. Seit zwei Jahren hält das unvermeidliche Krisenmanagement schon an. Es ist im Kern auf das Versagen jener nationalen politischen Führungen zurückzuführen, die sich nicht an die Erfordernisse und Kriterien des EU-Wachstums- und -Stabilitätspaktes gehalten haben; alles begann mit dem Bruch des EU-Wachstums- und -Stabilitätspaktes durch die deutsche Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die Verschuldungskrise einiger EU-Mitgliedstaaten ist auch auf das zu laxen Kreditvergabeverfahren von Banken zurückzuführen, die zu wenig nach der Bonität ihrer Kreditnehmer und danach gefragt haben, ob diese überhaupt in der Lage sein würden, ihre Schulden zurückzuzahlen. Mit dem Beschluss über die europäische Fiskalunion ist die entscheidende langfristige politische Antwort auf die Unzulänglichkeiten gegeben worden, die im Zuge der Einführung des Euro unentschieden geblieben waren. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy setzen das Werk der

deutsch-französischen Führungsverantwortung für die EU und ihren inneren Zusammenhalt auf eindrucksvolle Weise fort.

Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand haben diesen Weg begonnen, als sie 1990 zwei Regierungskonferenzen initiierten: eine zur Wirtschafts- und Währungsunion, eine zweite zur Politischen Union. Der Maastrichter Vertrag, 1991 unterzeichnet und seit 1993 in Kraft, ebnete den wahrhaft historischen Weg zur Einführung des Euro. Die Politische Union blieb aber wegen der Vorbehalte in einigen Mitgliedstaaten in ihren Anfängen stecken. Das Stückwerk rächte sich in der Außen- und Sicherheitspolitik, wo viele Prozesse zwar seither beachtliche Fortschritte im weltweit einheitlichen Auftreten der Europäischen Union gebracht haben, doch immer noch die zwischenstaatliche Abstimmung und Entscheidungsfindung dominiert. Es rächte sich auch in der Wirtschafts- und Währungsunion, die über zu geringe Sanktionsmechanismen verfügte, um jene, die die gemeinschaftlich und freiwillig vereinbarten Kriterien aushöhlten, zur Rechenschaft zu ziehen. Der Zweck der Europäischen Union ist nicht die Sanktionierung von Fehlverhalten. Aber alle Bemühungen um die optimale Ausschöpfung der gemeinsamen europäischen Kräfte helfen nichts, wenn gemeinsam vereinbarte Normen und Regeln nicht für alle gelten und von allen akzeptiert und praktiziert werden. Deshalb

sind die vom Europäischen Rat im Dezember 2011 beschlossenen Maßnahmen die notwendige Voraussetzung, um der krisenhaften Situation, die sich wie Mehltau um die EU gelegt hat, substanziell zu trotzen. Zu trotzen dadurch, dass durch eine Erneuerung der EU und ihres Gemeinschaftsgeistes der Blick wieder in die Zukunft gerichtet wird und darauf, wie die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit, Schwungkraft und Attraktivität im Zeitalter der Globalisierung wieder stärken kann; wie sie wieder als Ort der Innovation, der Kreativität und des Zukunftswillens wahrgenommen wird; wie sie sich von der Paralyse der Schulden befreit und wieder zur Hoffnung der Jugend Europas wird.

Das Regieren in der Europäischen Union ist ein komplexes Geflecht von Institutionen und politischen Ebenen. Es braucht Geduld und Weitsicht, um sich nicht irritieren und vom Weg abbringen zu lassen. Die Gemeinschaftsmethode hat der EU zu dem verholfen, was uns allen selbstverständlich geworden ist: Frieden, Freiheit, Wohlstand. Diese europäischen Tatsachen sind keineswegs selbstverständlich, und sie sind auch keineswegs auf immer gesichert. Sie müssen immer wieder neu erworben werden. Das hat uns die Krise auf dem Balkan nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien gelehrt: Nur durch ein beherztes gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Auftreten der EU kann verhindert werden, dass Recht in Unrecht und Nachbarschaft in Gewaltpolitik umschlägt. Deshalb bleibt die EU heute die ständig wachsame und mahnende Stimme, die gegen die fortwährende letzte Diktatur in Europa, in Weißrussland, ihre Stimme erhebt. Ebenso hält die Schuldenkrise der letzten Jahre eine wesentliche Lehre für alle, die in der EU leben, bereit: Haushaltsdisziplin und Wettbewerbsfähigkeit sind die elementaren Voraussetzungen, um unseren Wohlstand und den unserer

Kinder und Enkel zu sichern. Wir Europäer stellen nur noch weniger als zehn Prozent der Weltbevölkerung. Wir leben länger als jemals zuvor, aber haben auch niedrigere Geburtenraten als früher. Die Produktivität unserer Volkswirtschaften reicht nicht mehr wie in früheren Jahren aus, um die sozialstaatlichen Ideale zu finanzieren; zuweilen sind die Ansprüche unserer Gesellschaften, das heißt von uns allen, überproportional gestiegen. Kulturkritik ist keineswegs meine Absicht. Es geht vielmehr darum, durch eine ehrliche Analyse auf die politischen Folgen dieser Entwicklungen hinzuweisen: Wir müssen unsere Potenziale bündeln, wo immer möglich gemeinsam regieren und die Europäische Union im Gemeinschaftsgeist weiterentwickeln. Nur so werden wir uns in der Welt der Globalisierung behaupten. Deshalb ist die Fiskalunion jetzt der unbedingt richtige Weg, um einen Neuanfang für eine EU zu beginnen, deren Währung und deren politischem Willen in aller Welt Achtung und unter den Bürgerinnen und Bürgern der EU das erforderliche Vertrauen entgegengebracht werden, das sie für ihren weiteren Weg benötigt.

Solidarität ist Geben und Nehmen

Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahren große Erfolge errungen und tief greifende Veränderungen durchlebt. Frieden länger als zu jeder anderen Phase der europäischen Geschichte, Reisefreiheit, gemeinsamer Markt und einheitliche Währung, die Wiedervereinigung Europas nach dem Ende von Mauerfall und Kaltem Krieg, Partnerschaft mit so gut wie allen Staaten und Völkern der Welt, vorneweg die transatlantische Freundschaft mit den USA – dies alles sind historisch einzigartige Leistungen, die ohne die EU nicht erzielt worden wären. Zugleich hat die legislative Bedeutung des Europäischen Parlaments, der größten frei gewählten Völker-

vertretung auf der Welt, stark zugenommen. Abgesehen von der Steuergesetzgebung ist das Europäische Parlament heute in allen Politikfeldern Teil des ordentlichen europäischen Gesetzgebungsverfahrens. Die anstehende Regulierung der Finanzmärkte ist ein weiteres Beispiel dafür, dass ohne die volle Einbeziehung des Europäischen Parlaments und seiner Abgeordneten keine europäische Gesetzgebung mehr zustande kommt.

Gleichwohl gibt es in dem komplexen Gefüge des Regierens in der EU weiterhin Lücken und Schwachstellen, sodass nicht immer Kompetenz und Rechenschaftspflicht in gleicher Weise zusammenfinden, wie wir dies zu Recht von einem politischen System der Freiheit und des Rechts erwarten. Dazu gehören die Unzulänglichkeiten, die bisher verhindert haben, dass die europaweite Schuldenkrise langfristig gebannt wird und sich nicht wiederholen kann. Es geht dabei nicht um Schuldzuweisungen hinsichtlich der Gründe, die zum Entstehen der Schuldenkrise geführt haben. Es geht darum, das nun erforderliche Krisenmanagement mit einer langfristig tragfähigen politischen und rechtlichen Perspektive auszustatten. Diesem Ziel dienen die Beschlüsse des Europäischen Rates vom Dezember 2011.

Die beschlossenen Maßnahmen signalisieren den Finanzmärkten in aller Welt deutlich, dass die Verantwortlichen in der EU die erfolgreiche gemeinsame Währung verteidigen und zugleich ihre politische Einbettung besser als bisher absichern:

– Der dauerhafte Schutzschirm „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ soll schon im Juli 2012 in Kraft treten; er wird von der Europäischen Zentralbank verwaltet, was deren Bedeutung und politische Unabhängigkeit stärken wird. Zusammen mit dem Übergangsschutzschirm ESFS ist sein Kreditvolumen auf 500 Milliarden Euro begrenzt.

- Der Internationale Währungsfonds wird mit 200 Millionen Euro zusätzlich ausgestattet (daran beteiligen sich Euro-Zonen-Staaten und die anderen Mitgliedstaaten der EU), um stärker bei Maßnahmen mitzuwirken, die erforderlich sein könnten, um zu hoch verschuldeten Euro-Staaten zu helfen.
- Alle EU-Mitgliedstaaten, die den Euro als ihre Währung führen, werden eine Schuldenbremse hinsichtlich künftiger Ausgaben in ihre nationalen Verfassungen einbauen. Die jeweilige nationale Neuverschuldung darf nicht höher als 0,5 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes liegen. Bei Verstößen gegen die Schuldenbremse darf die Europäische Kommission so lange Sanktionen verhängen, bis der betreffende Staat die Schuldenbremse wieder unterschritten hat.
- EU-Mitgliedstaaten, die den Euro als ihre Währung führen, dürfen ihre Schuldenlast nicht höher als sechzig Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes ansteigen lassen. Staaten, die sich darüber hinaus verschuldet haben, müssen diese Schuldenlast jährlich und kontinuierlich um fünf Prozent der über den sechzig Prozent liegenden Schulden abbauen.

Diese Maßnahmen treten zum Teil in Kraft, sobald der neue Vertrag unterzeichnet und ratifiziert sein wird, zum Teil haben sie recht langfristig angelegte Wirkungen. In beiden Fällen ist die gleiche politische Botschaft enthalten: Der Gemeinschaftsgeist in der EU ist stärker denn je, um den Ursachen der Schuldenkrise zu trotzen und ihre Wiederholung zu vermeiden. Damit wird die Fiskalunion zu einem wichtigen Baustein für das künftige Regieren in der Europäischen Union.

Dass Großbritannien als einziges EU-Mitgliedsland die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 8./9. Dezember 2011 zwar in der Sache für gut und richtig

befindet, aber nicht in Form einer Revision der bestehenden EU-Vertragstexte akzeptieren wollte, ist bedauerlich. Großbritannien hat seit dem Beginn seiner EU-Mitgliedschaft wichtige gemeinschaftsdienliche Beiträge geleistet: zum Binnenmarkt und zu einer Ordnungspolitik, die die Prinzipien des Marktes ins Zentrum stellt; zur Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und insbesondere zu den transatlantischen Beziehungen. Großbritannien ist ein bedeutendes europäisches Land, das mit Recht auf seine eigenen Interessen achtet, wie dies jedes andere Mitgliedsland der EU auch tut. Aber auch Großbritannien muss wissen, dass die Europäische Union eine Solidaritätsgemeinschaft ist, die in beide Richtungen funktionieren muss: Solidarität ist ein Geben und Nehmen, ein *give and take*, wie die so sehr an Fairness interessierten Briten wissen.

Deshalb muss eindeutig gesagt sein: Es ist leichter, eine *opt-out*-Entscheidung zu ändern, als eine zerstörte Währung wiederherzustellen oder gar eine erschütterte EU neu aufzubauen. Deshalb wird die Tür für die Mitwirkung Großbritanniens an der Fiskalunion offen bleiben. Aber durch diese Tür kann – und sollte – nur schreiten, wer dies freiwillig tut und in gemeinschaftlichem Geiste. So sahen es im Dezember 2011 alle anderen sechsundzwanzig EU-Mitgliedstaaten, und so sieht es auch die überwältigende Mehrheit der politisch Verantwortlichen in den europäischen Organen, namentlich im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission. Es ist falsch, von einem Auseinanderbrechen der EU oder von einer zweigeteilten EU zu reden. Zu Recht hat Bundeskanzlerin Angela Merkel darauf hingewiesen, dass Großbritannien beim Euro seit Anbeginn nicht dabei gewesen ist. Auch Großbritannien bleibt als europäisches Land herzlich eingeladen, dem Euro beizutreten. Solange dies nicht der Fall ist, wird das Land aber

nicht an den wichtigen Prozeduren beteiligt sein, die sich aus der Fiskalunion ergeben. Dies ist Ausdruck der Solidarität unter den Staaten, die die Fiskalunion mit allen Konsequenzen – *give and take* – wünschen, und es ist redlich gegenüber den Briten, die sich selbst entscheiden müssen, wo ihr Platz in der Welt ist. Für das Finanzzentrum London kann es nicht günstig sein, dass künftige Finanzmarktregulierungen im Rahmen der Fiskalunion ohne die Beteiligung der britischen Regierung vorgenommen werden. Nicht Freude oder gar gehässige Bemerkungen sind angebracht, sondern das beständige Werben um den britischen Beitrag zu einem Europa der Solidarität und der Gemeinschaftsmethode.

Fiskalunion als politisches Instrument

Es ist eine falsch gestellte Annahme, einen Gegensatz zwischen einer EU der gemeinschaftlichen Integration und einer EU der zwei Geschwindigkeiten so zu konstruieren, wie dies gelegentlich getan wird. Immer wieder hat sich gezeigt, dass die funktionale Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten der EU auf Dauer die starke Voraussetzung dafür gewesen ist, um die volle Überführung eines Politikfeldes in den Rahmen der EU-Rechtsgemeinschaft zu erreichen. So war es beispielsweise bei der Einführung der grenzenlosen Reisefreiheit (Schengen-Abkommen) oder der gemeinsamen Währung. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass dieser Weg durch den großen Ruck, zu dem sich fast alle Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2011 entschlossen haben, auch im Bereich der Fiskalunion verwirklicht werden wird.

– Die Europäische Kommission wird mit mehr Aufgaben und Rechten ausgestattet, um die Einhaltung der Stabilitäts- und Schuldenbekämpfungskriterien zu überwachen. Die Europäische Zentralbank wird in ihrer politischen Unabhängigkeit bestärkt.

- Das Europäische Parlament wird in allen künftigen legislativen Akten, die sich aus der Fiskalunion ergeben könnten, als gleichwertiger Gesetzgeber zu den nationalen Regierungen einbezogen sein.
- Die Gemeinschaftsmethode wird verstärkt, denn sie ist die überzeugende Antwort auf die Unebenheiten zwischen einer falschen Arbeitsteilung, die zwischen nationalen politischen Beschlüssen und ihrer europäischen Folgenbewältigung zuweilen besteht.

Mit der Errichtung der Fiskalunion wird die Schuldenkrise der EU nicht automatisch beendet sein. Der Weg aus der Schuldenkrise ist lang und wird das Krisenmanagement noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Aber die Fiskalunion zeigt, dass die Bekämpfung der Schulden und die Rückkehr zur Haushaltsdisziplin in allen EU-Mitgliedstaaten kein Selbstzweck sind. Die Bekämpfung der Schuldenkrise und die Wiederherstellung der internationalen Vertrauenswürdigkeit in den Schuldendienst der Euro-Staaten sind vielmehr die Voraussetzung dafür, dass die EU sich wieder vermehrt mit den Zukunftsperspektiven befasst, die für die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger von Bedeutung sind: Wachstum und Arbeitsplatzsicherung, Energieversorgung und Kampf gegen den Klimawandel, Bildung und Forschung – dies sind die Themen, zu deren Zweck die EU gefordert ist.

Die politischen Themen, die im Zeitalter der Globalisierung die Zukunft der EU bestimmen, sind auch für die Zukunft Deutschlands nur in engster Verzahnung mit den Interessen aller unserer europäischen Partner erfolgreich zu gestalten. Deshalb darf die Fiskalunion nicht nur als ein Instrument zur Disziplinierung von Haushaltssündern verstanden werden. Sie wird sich als ein segensreiches Instrument zur gemeinsamen Gestaltung von politischen Präferenzen erweisen. Die

Überprüfung der Haushaltsentscheidungen der EU-Mitgliedstaaten durch die Europäische Kommission wurde schon vor dem EU-Gipfel im Dezember 2011 beschlossen. Es ist irreführend, wenn diese und ähnlich gelagerte Fragen immer nur in der schroffen Form einer Alternative zwischen Haushaltssouveränität oder Souveränitätsverlust diskutiert werden. Diese Begriffsalternativen entstammen einem anderen Zeitalter als dem unseren. Ein weises Wort erinnert uns daran, dass derjenige, der allein läuft, schnell läuft, derjenige aber, der gemeinsam läuft, weit läuft. Darum geht es überall dort, wo in der Europäischen Union die Gemeinschaftsmethode angewendet wird. Es geht nicht um Nullsummenspiele, bei denen einer gewinnt, während der andere automatisch verliert. Dies wurde auch beim Europäischen Rat im Dezember 2011 deutlich, als die in den Medien oft aufgepeitschte Vorstellung, die beiden großen Staaten Deutschland und Frankreich würden den kleineren EU-Mitgliedstaaten ihren Willen aufzwingen, ganz und gar nicht zutraf.

Deshalb ist der weitere und vertiefte Weg der europäischen Einigung im Interesse Deutschlands. In einer Welt, die sich rasant wandelt, in der neue Kraftzentren entstanden sind und weitere entstehen werden, ist auch eine so große Handelsnation wie Deutschland allein nicht groß genug, um sich zu behaupten. Die Europäische Union erst schafft den Rahmen, in dem auch unser Land aus eigenem Willen in der Welt agieren kann. Die Entscheidungsprozesse in der Politik europäisch abzustimmen ist keine Schwächung, sondern eine Stärkung der Möglichkeiten Deutschlands. Deshalb sind wir gut beraten, die Perspektiven der EU wieder verstärkt von den Chancen der europäischen Einigung her zu betrachten. Inmitten der Schuldenkrise haben viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen und Befürchtungen. Doch viele dieser Sorgen

werden auf unangemessene Weise zu populistischen und vordergründigen Positionen verdreht. Die EU ist nicht Teil der Krise, sondern Teil ihrer Lösung.

Europäische Lebenschancen

Es ist bedauerlich, dass die europäischen Diskussionen über die uns gemeinsam bewegenden Probleme immer noch in erster Linie national organisiert sind. Wir sollten die Chance des Neuanfangs im Bereich des Wirtschaftsregierens, den die Fiskalunion eröffnen wird, dazu nutzen, um konzentriert und zielstrebig daran zu arbeiten, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 und der anschließenden Wahl einer neuen Europäischen Kommission vor allem nach europaweit diskutierten Ordnungsvorstellungen gewählt werden kann. Die Europäische Volkspartei bietet dazu beste Voraussetzungen, die mit Unterstützung von CDU und CSU zu einem gemeinsamen Wahlprogramm vorangebracht werden müssen. Stärker als in früheren Wahlen zum Europäischen Parlament sollten 2014 die Alternativen des Weges aufgezeigt werden, für die die Europäische Volkspartei und vorneweg CDU und CSU stehen:

- für ein Europa der Menschenwürde, in dem alle Menschen gleich viel wert sind, das Recht dem Schwachen dient.
- für ein Europa der Sozialen Marktwirtschaft, in dem die soziale Verantwortung Leitlinie des Handelns ist.
- für ein Europa der Vielfalt, in dem dennoch ein Geist der Einheit weht.

Wir müssen auch bei den künftig anstehenden personellen Entscheidungen daran mitwirken, dass die Werte und Ziele der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament durch die besten, wahrhaft europäisch denkenden und handelnden Frauen und Männer vertreten werden. Das Wechselspiel zwischen

der nationalen und der europäischen Ebene der Politikgestaltung ist auch bei künftigen Personalplanungen nützlich. CDU und CSU sind die deutschen Europaparteien und haben keinen Anlass, sich in diesem Anspruch übertreffen zu lassen. Im Gegenteil: Der weitere Weg einer vertieften Europäischen Union ist ihr Weg und wird es bleiben.

Die Europäische Union ist in ihrer Geschichte durch manche Krise gegangen und an ihrem Ende jeweils gestärkt aus diesen Krisen herausgekommen. So wird es auch dieses Mal sein. Die Beschlüsse des Europäischen Rates zur Errichtung einer Fiskalunion zeigen den Führungs- und Gestaltungsanspruch der EU. Auch in der Welt der Marktfreiheit und des großen gesellschaftlichen Pluralismus, in der wir heute leben, ist politische Führung unverzichtbar. Sie stellt den Rahmen her, in dem unser Menschsein und die gesellschaftliche Vielfalt, die wir wollen, sich entfalten können. Politik ist nicht nur Krisenmanagement. Sie ist Gestaltung aus dem Geist von Werten und Überzeugungen. Denn nur dann dient sie dem Menschen. Dies gilt für die Europäische Union insgesamt nicht weniger als für unser eigenes Land. Deshalb dienen die Wege aus der Schuldenkrise dem europäischen Gemeinwohl. Den Nutzen aus der europäischen Einigung haben nicht Institutionen und Strukturen. Den Nutzen haben Menschen. Ihr Schicksal wird immer mehr in europäischem Gemeinsinn entschieden. Ihre Lebenschancen sind immer stärker Chancen, die sich aus einer starken und glaubwürdigen Europäischen Union ergeben. Der Europäische Rat hat die Weichen in der EU wieder auf Zukunft gestellt. Auf eine gemeinsame Zukunft in Solidarität und mit dem Willen, die Gesellschaften in der EU zu schützen und zugleich in ihrer Entfaltung zu stärken.